

INSM-PK, 17. Mai 2016

## **Reform der Alterssicherung**

# **Populäre Thesen, empirische Befunde und normative Ableitungen**

## **Statement**

**Hubertus Pellengahr**  
Geschäftsführer  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor 30 Jahren plakatierte sich Norbert Blüm mit einem Satz in die Geschichtsbücher der Rentenpolitik. Keine Diskussion um Altersvorsorge und Rente kommt seitdem ohne sein Versprechen aus. Auch nicht diese Pressekonferenz, zu der ich Sie herzlich begrüße.

„denn eins ist sicher: Die Rente“. Dieser Satz ist genauso richtig wie trügerisch. Er ist richtig, da auf absehbare Zeit niemand auf die Idee kommen wird, den Generationenvertrag zu kündigen und erworbene Rentenansprüche nicht zu erfüllen. Er ist trügerisch, da er suggeriert, alles könne und würde so bleiben wie es ist. Dass dem nicht so ist, hängt eng zusammen mit der Fehleinschätzung eines anderen Unions-Politikers: Konrad Adenauer. Der sagte angeblich einmal „Kinder bekommen die Leute immer“. Das war vor dem Pillenknicke und lange bevor der Begriff „demografischer Wandel“ anfang, uns allen ganz selbstverständlich über die Lippen zu gehen.

Wer von Arbeitnehmern verlangen will, dass sie – gemeinsam mit ihren Arbeitgebern - 18,7 Prozent des Lohns in eine Rentenkasse einzahlen, schafft das widerstandslos nur, wenn daran das glaubhafte Versprechen geknüpft ist, später dieses Geld in Form einer Rente wiedersehen zu können. Genauso wie die Einzahlung in die Rentenversicherung ans Einkommen geknüpft ist, orientiert sich auch die Auszahlung später an der Höhe der Beiträge. Sinn und Zweck der Rentenversicherung ist schließlich „eine Verstetigung der beitragspflichtigen Einkommen im Lebenszyklus.“ Nun wäre das alles halb so kompliziert, ginge es hier nur um versicherungsmathematische Berechnungen und Notwendigkeiten.

Bald stammt jede zweite Wählerstimme aus der Gruppe der über 60-Jährigen. Das kann nicht ohne Folgen für Programme und Strategien der Parteien bleiben. Seit einigen Wochen wird daher wieder darüber diskutiert, wie hoch die Rente in Zukunft sein soll. Was dabei leider oft fehlt, ist die Diskussion darüber, woher das Geld

kommen soll. Auf diesen Punkt möchte die INSM aufmerksam machen. Damit diese Diskussion mit der nötigen Sachlichkeit und Fachkunde geführt werden kann, haben wir Herrn Dr. Pimpertz – er ist der Rentenexperte des IW Köln – gebeten, die möglichen Auswirkungen der aktuell diskutierten Reformen der Alterssicherung zu berechnen.

Herausgekommen ist dabei sowohl Beruhigendes wie Beunruhigendes. Die gute Nachricht: die Sorge vor einem dramatischen Anstieg der Altersarmut ist weitgehend unbegründet. Zu verdanken haben wir das unter anderem der großen Koalition. Die hatte bereits vor neun Jahren die Rente mit 67 verabschiedet. Diese verlängerte Lebensarbeitszeit wird sich schon in den kommenden Jahren positiv auf viele Rentenbescheide auswirken. Das Beunruhigende ist die Wechselhaftigkeit der Politik: Würde die neue Idee der SPD umgesetzt, die das Rentenniveau auf dem heutigen Niveau festschreiben will, drohen den Beitragszahlern gewaltige Zusatzkosten. Noch teurer würde es, wenn die von ver.di verlangte Anhebung des Rentenniveaus auf 50 Prozent käme. Dann müssten die Versicherten allein im Jahr 2029 rund 50 Milliarden Euro aufbringen. Die Beitragssätze müssten dann schon 2024 die gesetzliche Obergrenze von 22 Prozent durchbrechen und zügig auf über 25 Prozent ansteigen. Die möglichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit sind dabei noch gar nicht mit einbezogen.

Wie es genau um die Altersversorgung in Deutschland bestellt ist und was uns die unterschiedlichen politischen Ideen kosten könnten, wird Ihnen gleich Dr. Pimpertz genauer erläutern können. Er beantwortet dann auch die sicher aufkommende Frage, wie geeignet die sogenannte „Lebensleistungsrente“ zur Armutsprävention ist und ob wir in Zukunft eher mehr oder weniger privat vorsorgen sollten.

Die Ergebnisse der Studie von Dr. Pimpertz bestätigen uns in unserer Überzeugung: die Bundesregierung darf keine weiteren Rentengeschenke verteilen.

Die Rente mit 63 und die Mütterrente waren sträfliche Rückschritte auf dem Weg zu einem stabilen und enkelgerechten Rentensystem. Die Lebensleistungsrente würde Milliarden kosten, ohne zielgerecht den wirklich Bedürftigen zu helfen. Mit dem von uns vorgeschlagenen Freibetrag für Einkünfte aus privater Altersvorsorge, könnte sehr viel wirksamer Altersarmut vorgebeugt werden. Bei Norbert Blüms Rentenversprechen fehlte damals leider die wichtige zweite Hälfte des Satzes. Den hat die INSM vor kurzem nachgeliefert. Im Ganzen lautet der Satz: „denn eins ist sicher: Die Rente muss erst verdient werden, bevor die Politik sie verteilen kann.“ Herr Dr. Pimpertz liefert Ihnen jetzt die Zahlen, die diesen Satz belegen.